

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/6

9. Januar 1973

Ein unbedingtes Muß: Verkehrssicherheit erhöhen!

Die Divisionen von Verkehrstoten zwingen zum Handeln

Von Philipp Seibert MdB
Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Ein guter Auftakt in Brüssel

Europäische Kommission nahm erste Hürde

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Afrikanische Spiele mit deutscher Hilfe

Bundesregierung fördert II. Pan-afrikanische
Spiele 1973 in Lagos

Seite 5 und 6 / 66 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Ein unbedingtes Muß: Verkehrssicherheit erhöhen !

Die Divisionen von Verkehrstoten zwingen zum Handeln

Von Philipp Seibert MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

In Zukunft werden mehrere Maßnahmen erforderlich sein, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und um zu verhindern, daß in den Ballungsräumen täglich Hunderttausende von Menschen auf ihrem Weg an den Arbeitsplatz stundenlang in lärmenden, Schmutz und Gift verbreitenden Autoschlangen stehen. Die Folgen sind nicht nur gesundheitlicher Art. Sie bedingen durch die damit verbundenen hohen Zeitverluste auch Ausfälle an wirtschaftlicher Leistung in enormer Höhe - von den Kosten und Folgekosten der Verkehrsunfälle einmal ganz abgesehen. Welche immensen Milliarden Schäden an Vermögenswerten in den Wohngebieten entstehen, die täglich durch den Autoverkehr mehrfach überflutet werden, muß ebenfalls berücksichtigt werden. Hier wird die Illusion autogerechter Städte täglich Lügen gestraft.

Hauptziel der Verkehrssicherheitspolitik muß künftig in erster Linie sein, von dem makabren "Luxus" von jetzt beinahe 20.000 Verkehrstoten und von den mehreren hunderttausend Unfallverletzten in jedem Jahr endlich wegzukommen.

Wer ehrlich ist, muß zugeben, daß sich bisher niemand für dieses Ziel hartnäckig genug eingesetzt hat, weil die nachteiligen Auswirkungen uns erst dann berühren, wenn in der Familie oder der näheren Bekanntschaft ein tragischer Verkehrsunfall einen Menschen aus unserer Mitte gerissen hat.

Deshalb sind auch alle Automobilclubs umso mehr dazu aufgerufen, durch sachliche Argumentation den Politikern in Bonn Hinweise für mögliche praktische Verbesserungen zu geben. Ihre Mitglieder werden von solchen Initiativen profitieren, denn Auto-

fahrer wissen, daß mehr Verkehrssicherheit nicht allein durch Abgabe preiswerter Verbandskästen und Warndreiecke oder Inbetriebnahme von Rettungshubschraubern erreichbar ist. All dies ist ein Kurieren an den Symptomen, ohne dem Schaden an der Wurzel zu begegnen.

Aber auch immer mehr teure Straßen und fortschreitende Betonbänder in der Landschaft sind keine Abhilfe. Heute gibt's keinen Zweifel mehr darüber, daß in dieser Hinsicht andere Prioritäten gesetzt werden müssen. Will man vorhandene Straßen sicherer machen, so sollte man beispielsweise überlegen, die am stärksten befahrenen Bundesfernstraßen - ähnlich wie in den Niederlanden - zu beleuchten.

Das Argument, die Kosten, die der Kraftverkehr dafür aufbringen müsse, seien zu hoch, kann man nicht gelten lassen. Wenn es darum geht, Tausende von Menschenleben zu retten, dann dürfen keine Kosten gescheut werden. Die Unfallursachenforscher wissen genau, ein wie hohes Risiko insbesondere bei Nachtfahrten auf regennasser Fahrbahn besteht, wenn bei Abblendlicht außer Lichtreflexen kaum etwas zu sehen ist.

Ein weiterer Gesichtspunkt erscheint der Diskussion wert. Kilometerlange Stauungen infolge von Unfällen stellen regelmäßig ein äußerst hohes Gefahrenmoment dar, Serien von Auffahrunfällen sind oft die Folge. Die Auflösung solcher Stauungen ist oft deshalb nicht schneller möglich, weil die Abstände der Autobahnabfahrten zu groß sind. Deshalb könnte man überlegen, diese Abstände durch eine Art "Notabfahrt" zu verkürzen, die vielleicht durch Schranken zu sichern wären, welche im Notfall automatisch geöffnet werden könnten. Hier wäre möglicherweise mit relativ geringem Aufwand ein hohes Mehr an Sicherheit erreichbar.

Die Automobilisierung hat neben schwerwiegenden Nachteilen durch ihre Massierung auch eine Reihe von Vorteilen. Wir werden auch in Zukunft mit dem Auto leben. Aber dies wird umso leichter sein, wenn das Auto mit Vernunft gebraucht und nicht in jedem Fall für Fahrten zum Arbeitsplatz benutzt wird - und abgesehen vom Zeitverlust und Unzuträglichkeiten während der Fahrt tagsüber teuren Innenstadtraum blockiert.

Deshalb liegt es auch im Interesse der Autofahrer, an Nahverkehrsleistungen mitzuwirken, die uns vom täglichen Verkehrschaos im Berufsverkehr wegführen. Genannt sei nur das Stichwort Verkehrsverbund sowie das notwendige Angebot an preiswerten öffentlichen Nahverkehrsleistungen. Die Vorteile solcher Lösungen sind für alle Beteiligten größer, als sie zumeist wissen. Die Autofahrer profitieren davon ebenso wie die Finanzminister und Stadtkämmerer und Bewohner der Großstädte. (-/9.1.1973/ks/ex)

Ein guter Auftakt in Brüssel

Europäische Kommission nahm erste Hürde

Das Europa der Neun hatte einen guten Start. Die Aufteilung der Ressorts unter die 13 Mitglieder der Kommission der erweiterten Europäischen Gemeinschaft (EG) ging reibungslos über die Bühne. Ganze sechs Stunden dauerte die europäische "Regierungsbildung". Dies ist ohne Zweifel ein erster Erfolg für den neuen französischen Kommissionspräsidenten, den Gaullisten François-Xavier Ortoli. Der Nachfolger von Hallstein und Mansholt kam, sah und siegte wie vordem sein korsischer Landsmann Napoleon so oft auf dem Schlachtfeld.

So schnell, wie für das Europa der Neun ist wohl seit Jahren in ganz Westeuropa kein Kabinett zusammengestellt worden. Sicher ist die Exekutive der Europäischen Gemeinschaft keine europäische Regierung im traditionellen Sinne, wenn sie auch als deren Vorläuferin angesehen werden kann. Durch ihr Vorschlags- und Initiativrecht beeinflusst die Europa-Kommission jedoch die Politik des Gemeinsamen Marktes ganz entscheidend. Auch in Brüssel geht es bei der "Kabinettsbildung" daher um politischen, persönlichen, wirtschaftlichen, finanziellen, regionalen und nicht zuletzt um nationalen Einfluß, obwohl die Kommission durch die Römischen Verträge zur Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen verpflichtet ist. Die Kommission ist der Motor der europäischen Integrationspolitik, zugleich ist sie Hüterin der europäischen Verträge und Verwaltungsorgan der Gemeinschaft.

Unter den dreizehn seit dem 5. Januar amtierenden Europa-Kommissaren, die am 9. Januar vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg vereidigt wurden, gibt es weder Sieger noch Verlierer. Alle, auch die neun Regierungen der EG-Mitgliedstaaten scheinen mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Der reibungslose Start ist ein guter Auftakt für die Lösung der vielen und komplizierten Aufgaben, vor denen die Brüsseler Spitzenbehörde mit ihren über 8.000 Beamten und Euratom-Wissenschaftlern in den nächsten Jahren steht. Die Exekutive muß die Grundsatzbeschlüsse und Absichtserklärungen, die von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft auf der Pariser Gipfelkonferenz im Oktober 1972 gefaßt wurden, mit Leben erfüllen. Der Fahrplan für die siebziger Jahre liegt mit seinen exakten Terminen für die weitere Integrationspolitik bereits fest. Nun ist es Sache der Europa-Kommission, die postulierten Ziele durch ihre Vorschläge an den EG-Ministerrat in konkrete Politik umzusetzen. Das gilt vor allem für die Wirtschafts- und Währungs politik, die Sozialpolitik, die institutionellen Reformen (Europäisches Parlament), die Regionalpolitik, die Außenbeziehungen sowie schließlich die Schaffung

einer "Europäischen Union" bis 1980.

Im Interesse der über 250 Millionen Menschen in der EG muß man dem neuen Europa-Präsidenten und seinen 12 Kollegen allen Erfolg, vor allem aber die Unterstützung der Völker und der neun Regierungen wünschen.

Mit dem 49jährigen Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp ist erstmals ein deutsches Kommissionsmitglied für das Schlüsselressort der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik zuständig. Damit hat sich Haferkamp, früher Mitglied des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf, entscheidenden Einfluß auf den gesamten Bereich der Konjunktur-, Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik im inneren der EG wie nach außen (Reform des Weltwährungssystems) gesichert. Von dem nüchtern-pragmatischen Haferkamp, der auch erster Stellvertreter des Kommissions-Präsidenten wurde, erwartet man vor allem Initiativen für eine gemeinschaftliche Stabilitätspolitik. Der zweite deutsche Kommissar, Prof. Ralf Dahrendorf, mußte die EG-Außenbeziehungen an den britischen Vizepräsidenten und Churchill-Schwiegersohn Sir Christopher Soames abtreten. Dahrendorf wird sich in Brüssel den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Erziehung widmen. Er wird es mit der Euratompolitik nicht leicht haben. Der Franzose Deniau bleibt für die Entwicklungspolitik sowie für die Beziehungen zu den arabischen Staaten und Israel zuständig. Die Sozialpolitik fiel an den Iren Hillery, die Regionalpolitik an den Labour-Vertreter Thomson. Der bisherige holländische Landwirtschaftsminister Lardinois übernimmt die Agrarpolitik und kann damit die Tradition seines Landsmannes Mansholt fortsetzen.

Der neuen Spitze der Europa-Administration gehören vier Sozialisten, zwei christliche Demokraten, zwei Konservative, zwei Gaullisten, zwei Liberale sowie ein parteiloser Berufsdiplomat an. Die Mehrzahl der 13 von Brüssel waren amtierende oder ehemalige Minister in ihren nationalen Regierungen. Daran zeigt sich, welchen Rang man in den EG-Hauptstädten der Europapolitik der erweiterten Gemeinschaft beimißt. Der Charakter der Kommission ist eindeutiger denn je durch Politiker als durch Technokraten oder Berufsbeamte geprägt. Der gute Einstand der drei neuen Mitgliedstaaten und ihrer Vertreter hat auch bewiesen, daß Entscheidungen in der erweiterten Gemeinschaft nicht unbedingt komplizierter und langwieriger sein müssen als in der Gemeinschaft der Sechs. Dies mag ein gutes Vorzeichen für die künftige Zusammenarbeit der neun Staaten in Brüssel sein.

Egon C. Heinrich
(-/9.1.1973/ks/ex)

Afrikanische Spiele mit deutscher Hilfe

Bundesregierung fördert II. Pan-afrikanische Spiele 1973 in Lagos

Unter der Schirmherrschaft des Internationalen Olympischen Komitees und der sog. Patenschaft des Sports der Bundesrepublik finden vom 7. bis 18. Januar 1973 in der nigerianischen Hauptstadt Lagos die II. Pan-afrikanischen Spiele in elf Sportarten statt. Nach den ersten Kontinentalspielen 1965 in Kongo-Brazzaville wird nach vierjähriger Verzögerung Afrikas größte Sportveranstaltung mit umfassender Hilfe der Bundesregierung und mit beachtlichem Engagement des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland durchgeführt. Als Ausrichter fungiert der Oberste Afrikanische Sportrat, der Wettbewerbe für mehr als 3.000 Sportler zu organisieren hat.

In der neuen Sportentwicklungshilfe-Konzeption der Bundesregierung nimmt der afrikanische Sport einen bedeutenden Platz ein. So hatten sich rd. 100 afrikanische Teilnehmer an den Olympischen Spielen 1972 seit dem 1. Juni bis zum Beginn der Spiele in der Bundesrepublik vorbereiten können. Hierfür hatte die Bundesregierung 900.000 DM zur Verfügung gestellt.

Als Folge des starken Engagements von Olympiapräsident Willi Daume im afrikanischen Raum wünschten die Afrikaner eine spürbare Unterstützung beim Bau einer zentralen Sportanlage in Lagos. Für das moderne Stadion finanzierte die Bundesregierung mit etwa 1,2 Millionen DM eine Kunststofflaufbahn, die den afrikanischen Spitzensportlern den Anschluß an die modernen Trainingsbedingungen erleichtern soll.

Sport und insbesondere Spitzensport erfordert sportmedizinische Betreuung. Für die westafrikanischen Länder Dahomey, Togo, Ghana und Nigeria wird in Lagos ein sportmedizinisches Zentrum unter Beratung des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland in Zusammenarbeit mit der sportmedizinischen Untersuchungsstelle Frankfurt/M entstehen. Drei Ausbildungskurse für Sportmediziner sind bereits angelaufen. Auch Physiotherapeuten werden in die Ausbildungsprogramme einbezogen. An Geräten aus der Bundesrepublik, die gegenwärtig im Zentralkrankenhaus von Lagos stehen

und nach Auskunft des NOK von einer bundesdeutschen Fachfirma gewartet werden, sind bereits im Frühling dieses Jahres 30 Lehrgangsteilnehmer ausgebildet worden. Ein zweiter Kurs beginnt Mitte Dezember und endet vor Beginn der Spiele am 7. Januar 1973. Kosten für den ersten Lehrgang mit einer Gerätebeteiligung: 50.000 DM.

Zusammen mit einem Trainerseminar im vergangenen Jahr in der Sportschule Hennef/Sieg hat sich die Bundesrepublik als der zuverlässigste Partner der Afrikaner in der Sportentwicklungshilfe erwiesen. Dies auch ungeachtet der starken Position, die beispielsweise die Franzosen als Folge der Kolonialzeit noch in Westafrika besitzen.

Aus Mitteln des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit führt die Deutsche Sportjugend gegenwärtig in der ghanesischen Hauptstadt Accra das 4. Seminar für afrikanische Jugendtrainer und Übungsleiter durch. Die 30 Teilnehmer kommen aus Ghana, Liberia, Sierra Leone, Gambia, Nigeria, Somalia, Äthiopien, Uganda, Kenia und Zambia und werden in den Sportarten Fußball, Handball, Volleyball und Leichtathletik unterrichtet.

Mit einer nicht zu unterschätzenden sportpolitischen Taktik hat sich auch die DDR im westafrikanischen Raum beachtlichen Einfluß gesichert. Dies geschieht vorrangig im personellen Bereich durch die Ausbildung von Sportpädagogen und Trainer. Während möglicher Dopingmißbrauch bei den II. Pan-afrikanischen Spielen 1973 nicht durch Sportmediziner aus der Bundesrepublik, sondern durch eigene afrikanische Kräfte festgestellt und geahndet werden soll, wird sich die Ostberliner Sportführung einem Sonderkurs in afrikanischer Mentalität unterziehen müssen:

Vertreter des DDR-Sports hatten die Choreographie der "afrikanischen Eröffnungs- und Schlußfeier" am 7. und 18. Januar 1973 im Zentralstadion von Lagos übernommen. Die Hürden dagegen, die die Leichtathleten im Stadion zu überwinden haben, kommen aus der Bundesrepublik.

Ernst Dieter Schmickler
(-/9.1.1973/bgy)